

Rheinfelder Montagsdemo



Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,

Doppelmoral ...!

(Karl – Heinz mit seinem Beitrag für die - Montagsdemo am 29.04.2013)

Anfang April titelte die FAZ: »Jetzt gibt es Daten über Steuerflüchtlinge in aller Welt«. Und weiter: »Es ist nicht verboten, Geld in Steueroasen anzulegen. Die Tricks der Unternehmen sind zwar moralisch fragwürdig, aber erlaubt. Für Unternehmen wie Privatleute gilt aber: Die Erträge müssen dem deutschen Fiskus gemeldet werden. « Müssen gemeldet werden – werden aber nicht.



»Schätzungen der Steuergewerkschaft zufolge«, so die FAZ, »haben Deutsche etwa 400 Milliarden Euro im Ausland vor dem Fiskus versteckt. Das Entdeckungsrisiko hängt davon ab, ob die Namen der Steuerflüchtigen den Finanz- und Ermittlungsbehörden übergeben werden. Das ist bislang nicht passiert.

« So funktioniert »moderner« Kapitalismus: Fragwürdige Tricks – so die verharmlosende Umschreibung der Milliardenbetrügereien – werden öffentlich gemacht und unter der Flagge des Quellenschutzes können die Betrüger weitermachen, als sei beinahe nichts geschehen. Währenddessen wird der Öffentlichkeit suggeriert, allein die Veröffentlichung dessen, was ohnehin alle

wissen, sei Demokratie pur.

Zieht

man in Betracht, dass der Enthüllungsjournalismus ein lukratives Geschäft ist, so kann man wohl getrost sagen:

Außer Spesen nichts gewesen. Anders als den steuerflüchtigen Milliardären geht es da den Hartz-IV-Empfängern.

Ebenfalls Anfang April vermeldete BILD auf Seite 1: »GEHEIMPLAN: Jagd auf kranke Hartz-IV-Empfänger.

Jobcenter sollen sogar Arzt-Atteste überprüfen. «Ganz gezielt, so BILD, solle nach Blaumachern unter den Hartz-IV-Empfängern gesucht werden, die sich krankgemeldet haben. Bei Krankmeldungen sollten die Mitarbeiter auf »begründbare Zweifel an der angezeigten Arbeitsunfähigkeit «achten. Überführten Blaumachern solle die Stütze gekürzt werden. Überführen sollen die Medizinischen Dienste der Krankenkassen. Gegen Honorar, versteht sich. Die MDK-Ärzte, so BILD abschließend, bekämen pro Einsatz vom Jobcenter zwischen 130 Euro (bei Entscheidung nach Aktenlage) und 260 Euro (bei Hausbesuch). Das seien, so heißt es fettgedruckt, zwei Drittel des Hartz-IV-Satzes von 382 Euro.

Ein unerhörter Vorgang. Den Ärmsten wird unterstellt, sie würden blaumachen, und die Sanktionen folgen auf dem Fuß – und die Reichsten kommen unterm Regen weg, weil ihre Tricks fragwürdig, aber erlaubt sind. Für diese verkommene Entwicklung gibt es in diesem Land eine Metapher: Die Agenda 2010. Die SPD hielt es für legitim, sich anlässlich des zehnten Jahrestages dieser Agenda zu feiern. Nicht alles sei gelungen, so die Feiernden, aber die gute wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wäre ohne diese Weichenstellung der rot-grünen Schröder-Fischer-Regierung nicht denkbar gewesen. »Es wäre ... naiv die jetzigen Wahlaussagen der SPD für bare Münze zu nehmen oder sie gar als Anleitung für künftiges sozialdemokratisches Regierungshandeln zu verstehen. « Wir sollten SPD und Grünen im Wahlkampf nicht schenken, dass ihre nunmehr an den Tag gelegte soziale Empathie vorwiegend geheuchelt ist. Und da ist noch kein Wort verloren über den Umgang von Regierung und SPD-Grüner-Opposition mit den sozial dahin vegetierenden Staaten im Süden der EU. 27,2 Prozent Arbeitslose hat allein Griechenland, in dem 59,3 Prozent der Jugendlichen ohne Job sind. Schon warnt die UNO vor möglichen sozialen Unruhen. Und auch die Stimmen, die faschistische Lösungen nicht mehr ausschließen, nehmen zu. Das Potential ist vorhanden. 27 Arbeiter aus Bangladesch, die auf einer griechischen Erdbeerplantage die Auszahlung der ihnen zustehenden Tagelöhne forderten, wurden von Aufsehern durch Schüsse teils schwer verletzt. Faschistische Ideologie, verbreitet vor allem von der Partei Chrysí Avgí (Goldene Morgendämmerung), Sklavenarbeit in einem von Armut geplagten Land und brutale Gewalt, das ist fruchtbarer Boden für eine mögliche rechte Diktatur.

Ich möchte mit den Worten schließen:

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg

Auch aus diesem Grund treffen wir uns montags hier



Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz